

# Bremer Online Bulletin



# Wassersperrren verbieten!

Mehr auf Seite 2



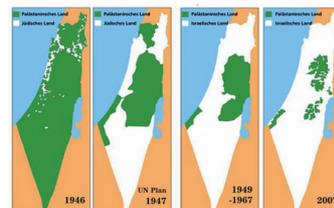
## In dieser Ausgabe:

Seite 3:

**NEIN ZUR  
SCHULDEN  
BREMSE**

Bremer Schuldenbremse  
bedeutet Sozialabbau

Seite 4-5:



Israel/Palästina: Wenn sich der  
Pulverdampf in Gaza endlich  
verzogen hat – wem gilt dann  
die Solidarität der Linken?

Seite 6:



Völker hört die Signale, ein  
deutscher Bundespräsident ruft  
mal wieder zu den Waffen!



# Linkspluralistisch, radikal und auch widersprüchlich

So soll unser Zeitungs-Projekt  
sein. Wir hätten auch gerne eine  
'richtige Zeitung' aus Papier ge-  
macht. Das ist aber zu teuer. Wir  
wollen gesellschaftliche Konflik-  
te und Widersprüche in Bremen  
und um zu aufgreifen. Wir wollen  
konstruktiv Kritik äußern, aber  
wenn z.B. der  
Ärger über Hartz IV mal wieder

zum Schmerz wird, dann wird  
auch mal nur hingetrozt.

Wir sind parteiisch. Wir sind  
Linke in der Partei DIE LINKE.  
Wir sind anti-kapitalistisch und  
wollen eine andere Welt. Der Ka-  
pitalismus ist krank, wir wollen  
ihn abschaffen, dazu erstellen wir  
einen Krankenbericht (Bulletin).

Eine andere Welt, ohne Kapitalis-  
mus ist möglich!

Herausgeber ist Peter Erlanson  
(MdBB). Nicht alle Artikel ent-  
sprechen der Meinung des  
Herausgebers. Alle Artikel wer-  
den namentlich gekennzeichnet.



# Protest gegen Wasser- und Stromsperrren

BoB PE

Durch mehrere Parlamentsinitiativen hat die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE in den letzten zwei Jahren immer wieder auf die Zunahme von Wasser- und Stromsperrren bei privaten Haushalten in Bremen und Bremerhaven aufmerksam gemacht. Peter Erlanson, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE: „Es gibt kaum härtere Maßnahmen, Menschen mit wenig Geld das Leben schwer zu machen, als das Abschneiden der Versorgung von Strom und Wasser. Gut 5.500 Energiesperren jährlich im Lande Bremen entbehren jeglicher Menschlichkeit und müssen verboten werden“ Auch außerhalb des Plenarsaals

hat die Linksfraktion wiederholt Aktionen zu dieser Problematik durchgeführt. Neben einer Informationsveranstaltung im stark von Energiesperren betroffenen Bremer Westen wurden Interviews mit Betroffenen gemacht. Erlanson: „Die Zahlen des Energieversorgers swb sind zu ungenau. Deshalb haben wir im Bremer Westen eine eigne kleine Abfrage gemacht, die unsere Befürchtungen bestätigt hat. Die Wassersperren sind keine statistischen Ausrutscher sondern bittere Realität für viele Menschen!“ DIE Linksfraktion hat in den vergangenen Wochen in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden vor den Jobcentern in Bremerhaven, Bremen Nord und im Bremer Osten, Westen und Süden Aktionen gemacht.

Dabei wurden Flyer und Wasserflaschen verteilt. Erlanson: „Mit den Wasserflaschen wollten wir symbolisch unsere Unterstützung für die Betroffenen zeigen und mit dem Flyer u.a. die Adressen von Bremer Initiativen und Organisationen verbreiten, die den Menschen in solchen Notsituation durch aktive Beratung helfen.“

Auch wenn der örtliche Versorger swb nach der Sommerpause einen Runden Tisch zu Versorgungssperren angekündigt hat, fehlt es dennoch am entscheidenden Schritt: ein Ende jeglicher Energiesperren!

Alle bisherigen Überlegungen, auch der Regierungskoalition, sind am Beharren der swb an ihrem Geschäftsmodell der Profitmaximierung gescheitert. Die swb beharrt darauf bei mangelnder Zahlung Energie zu sperren und sie auch erst nach vollständiger Schuldentilgung nach entsprechender Gebühr wieder rückgängig zu machen.

Am Beispiel der swb kann man gut sehen, wohin die Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge führt. Strom, Wasser, Wärme, Mühlentsorgung, Krankenhäuser und ein ausreichender Grundstock an bezahlbaren Wohnungen und sozialversicherungspflichtigen

Aktion mit Peter Erlanson vor den Bremer Jobcentern



Jobs gehört in öffentliche Hand. DIE LINKE fordert deshalb die Rekommunalisierung dieser Bereiche. Erlanson abschließend: „Die Zahl der Sperren steigt weiter an,

und aus diesem Grund machen auch wir weiter mit unseren Aktionen. In Planung sind Aktionen, die sich mit der swb direkt befassen.“



# Bremer Schuldenbremse bedeutet Sozialabbau

BoB MS

Seit Jahren ist die kommunale Infrastruktur Bremens drastisch unterfinanziert und verkommt zusehends. Fehlende Fachkräfte und Personalmangel, marode Schulen und Hochschulen, verrottete Bäder, die geschlossen werden müssen, KiTas in einem desolaten Zustand, Jugend-Freizis, die ihre laufenden Betriebskosten nicht mehr zahlen können, Krankenhäuser im Sanierungsstau, eine Gesundheitsversorgung, die den notwendigsten Aufgaben nicht mehr nachkommt, kaputte Fahrradwege und Nebenstraßen.

Diese dramatische Situation der sozialen Infrastruktur Bremens wird durch die Einschreibung der „Schuldenbremse“ in die Bremische Verfassung immer mehr verschärft.\* Indem dem Wirtschaftskreislauf massiv Geld entzogen wird, kommt es zur großflächigen Vernichtung oder Prekarisierung von Arbeitsplätzen, was wiederum zu einem Rückgang der Steuereinnahmen führt. Die logische Folge: Es wird weiter gekürzt, dass es kracht, die soziale Infrastruktur wird weiter abgebaut. In Wahrheit bedeutet die Schuldenbremse also eine Kreditsperre, die letztlich als Investitionsbremse wirkt und eine Teufelsspirale sinkender Steuereinnahmen mit immer neuen Kürzungen und Einschnitten ins soziale Netz in Gang setzt.

Genauso, wie DIE LINKE dagegen ist, Steuergelder für unsinnige Prestigeprojekte zu verschwenden, will sie auch den Bremischen Haushalt nicht mit unnötigen Schulden belasten, weil dieses die Handlungsfähigkeit des Landes noch weiter

einschränkt. Dennoch muss der Staat selbstverständlich auch weiterhin seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Erhaltung und zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur nachkommen und die dafür notwendigen Investitionen in die Zukunft leisten. Es ist eine Verkehrung der Tatsachen, wenn die bürgerlichen Parteien mit dem Argument der Generationengerechtigkeit für die Schuldenbremse werben. Denn es werden ja nicht nur die Schulden des Staats an die nächste Generation weitergegeben, sondern auch die Schuldtitel der Staatsanleihen und Kredite. Insofern besteht die Ungerechtigkeit nicht zwischen, sondern innerhalb der Generationen der Solidargemeinschaft, in der die soziale Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Reiche besteuern statt Schuldenbremse

Wie ein Blick auf die klamme Bremische Haushaltskasse mit 20 Mrd. Euro Schulden deutlich macht, hat Bremen kein Ausgabe- sondern vielmehr ein Einnahmeproblem. Deshalb benötigt Bremen alles andere, aber keine Schuldenbremse, die letztlich den rasanten Sozialabbau in der Stadt nur noch mehr beschleunigt. Was Bremen dagegen tatsächlich benötigt ist eine deutliche Erhöhung seiner Einnahmen. Seit 1998 haben die neoliberal geprägten Bundesregierungen den Konzernen, Vermögenden, Spitzenverdienern und reichen Erben satte Steuergeschenke im Umfang von insgesamt 340 Milliarden Euro gemacht. In Bremen sind dem Landeshaushalt dadurch rund



3 Mrd. Euro verloren gegangen. Allein die Wiedererhebung einer Vermögensteuer würde dem Land Bremen, bei einem Steuersatz von nur einem Prozent und einem Freibetrag von 500.000 Euro jährlich, Mehreinnahmen von 150-200 Mio. Millionen Euro einbringen. Gelder, die Bremen zur Erhaltung der sozialen Infrastruktur dringend benötigt. Nach Auskunft des Bündnisses „UmFAIRteilen“ gibt es im Bremer Stadtstaat gut 10.000 Vermögensmillionäre. Die Zahl der Einkommensmillionäre hat sich laut einer Studie der Arbeitnehmerkammer zwischen 2004 und 2007 auf mehr als 1400 verdoppelt, bei einem Durchschnittseinkommen von 3,58 Mill. Euro im Jahr. Es ist höchste Zeit, dass die Reichen und Vermögenden Bremens endlich wieder zur Kasse gebeten werden und zur solidarischen Finanzierung des Bremer Gemeinwesens und seiner Infrastruktur beitragen.

Weg mit der Schuldenbremse. Weg mit dem Blankoscheck für Sozialabbau. Für die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

# Wenn sich der Pulverdampf in Gaza endlich verzogen hat – wem gilt dann die Solidarität der Linken?

BoB PE

Der Gaza-Krieg hat für die Deutsche Linke, sowie für die Partei DIE LINKE, weitreichende Folgen. Zumindest in der Frage der Palästina-Solidarität geht ein tiefer Riss durch die Deutsche Linke. Uwe Kalb, leitender Redakteur für Politik, Wirtschaft und Soziales der Zeitung Neues Deutschland äußert sich dazu selbstkritisch unter dem Titel „Ausgewogen sollt ihr sein“:

„Die Ereignisse im Gaza-Streifen bewegen die deutsche Öffentlichkeit. Allerdings auf bizarre Weise. Das massenhafte Hinmorden von Zivilisten, die keine Möglichkeit zur Flucht aus der abgeriegelten Region haben, ruft zuallererst Forderungen nach ausgewogener Beurteilung hervor. Die Parolen junger emotionalisierter Araber werden fein säuberlich nach antisemitischen Bestandteilen durchforstet, um triumphierend festzustellen, dass der ganze Protest antijüdisch und somit illegitim ist. (...) Eilige Verdächtigungen, der Protest sei islamistisch infiziert, künden von der eigentlichen Absicht. Solidarität mit Israel als Staatsräson hat an erster Stelle aller Bewertung zu stehen. Wer die weitgehend wirkungslos bleibenden Raketen der Hamas zu erwähnen vergisst, verliert das Recht, sich über fast 600 Todesopfer (bis heute 1900, PE) auf palästinensischer Seite zu erregen. Auf eine eigene linke Betrachtung wird inzwischen verzichtet. Der Kampf von Moslems und Juden, in Abwandlung von Islamisten und rechtsgerich-

teten israelischen Regierungen hat inzwischen den Kampf zwischen Oben und Unten, den Kampf um Eigentum, um Grund und Boden und Wasser etwa, den Kampf des Kapitals um geostrategische Realisierung in der Wahrnehmung auch der LINKEN verdrängt.“<sup>1</sup>

Auch Teile des Landesverband Bremen DER LINKEN verzichtet auf jede kritisch historische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse in Israel / Palästina. Parteilichkeit für die Unterdrückten und Ausgebeuteten weicht einem beliebigen realpolitischen Aktionismus. Anti-Imperialismus oder Lernen aus der Geschichte war gestern. In der Erklärung der LandessprecherInnen heißt es am Ende:

„Die historische Wahrheit liegt sicher nicht genau in der Mitte. Aber die historische Wahrheit ist irgendwann auch irrelevant. Gestorben wird heute, und das Sterben muss heute beendet werden.“<sup>2</sup>

Geschichte ist irrelevant? Wahrheit liegt irgendwo in Mitte, so ungefähr jedenfalls - mas o menos?! Man/frau könnte hier an Marx erinnern, für diesen Fall ist Walter Benjamin vielleicht geeigneter.<sup>3</sup>

Wer jedenfalls seine Geschichte als Linke über Bord wirft, dem droht der Verlust eines wichtigen Kompasses!

## Spaltung in Bremen manifestiert sich in zwei Demos

Realpolitische Folge des Aufrufes war, dass DIE LINKE die De-

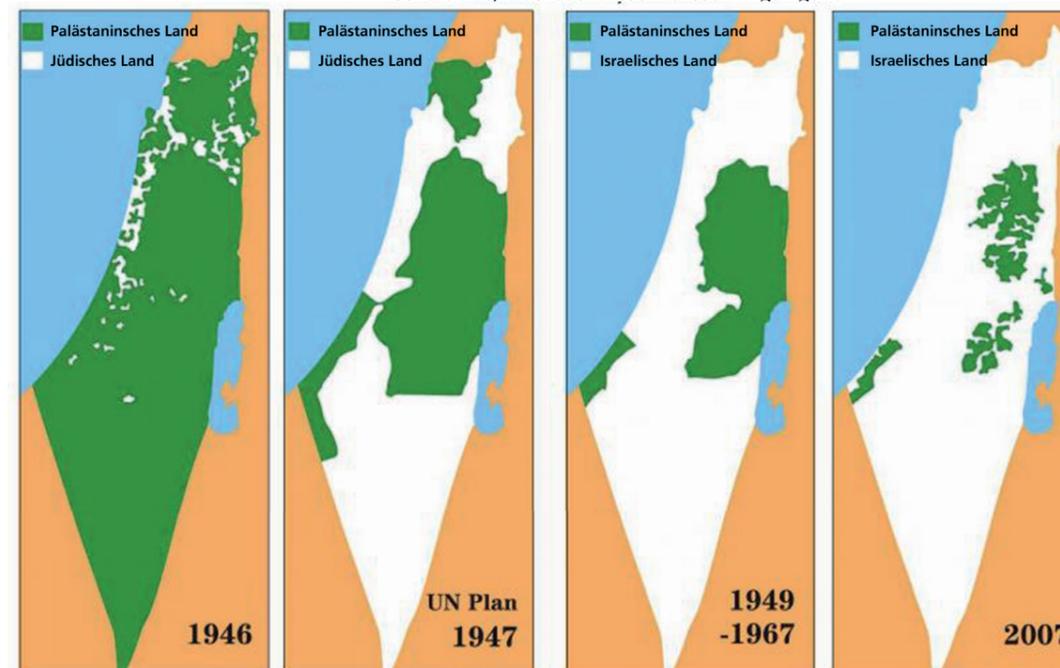
monstration „Gemeinsam gegen Antisemitismus“ unterstützte, die Demonstration der Pro-Palästina Bewegung von Friedensforum und einem breiten Palästinensischen Bündnisses „Stoppt den Gaza-Krieg“ dagegen nicht.

Die Jugendorganisation Solid Der LINKEN begründet das wie folgt: „Einseitige Schuldzuweisungen eignen sich aus unserer Sicht jedoch nicht um im Nahost-Konflikt und der darum stattfindenden Debatte deeskalierend zu wirken. Die verschiedenen Demonstrationen, wie die am 23.07. in Bremen, sind daher mit großer Vorsicht zu genießen und können Wegbereiter und Ort für weitere antisemitische Äußerungen und Aktionen sein. Daher sprechen wir uns klar gegen eine Teilnahme an diesen Demonstrationen aus.“<sup>4</sup>

Solid möchte „einseitige Schuldzuweisungen“ vermeiden und aus Angst vor „antisemitischen Äußerungen“ erst gar nicht zur Demo gehen. Man/ frau sollte solche Bedenken ernst nehmen, dass kann doch aber nur bedeuten, dass man/frau die Ärmel hochkrempelt und sich dem demo-eigenen Ordnungsdienst anschließt, um solche anti-semitischen Provokationen (von wem auch immer) zu unterbinden.

Wenn die Linke kuscht – freuen sich meist die reaktionären Kräfte. So auch in Bremen. Hermann Kuhn, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen-Bremerhaven und Abgeordneter Der GRÜNEN positionierte sich klar auf der Demo. Der Weserkurier berichtete dazu:

„Kuhn bezog aber auch klar Stel-



lung zum Krieg in Gaza: „Die Sorge und Trauer um die Menschen auf allen Seiten macht aber nicht die Frage nach den Ursachen und der Verantwortung für den erneuten Ausbruch militärischer Gewalt überflüssig. Die Hamas hat Israel den Krieg erklärt. Die Vernichtung des Staates Israel ist das Programm der Hamas bis heute.“ Die Hamas sei verantwortlich für die Ermordung dreier Schüler, und sie beschleße seit zwei Wochen israelische Städte mit Raketen, so Kuhn. Israel habe das Recht, sich dagegen zu verteidigen.“<sup>5</sup>

Der Anlaß der Demo, nämlich die Bekämpfung des Antisemitismusverdachts bei den palästinensischen DemonstrantInnen, sind für Kuhn und andere offenbar nur Vorwände zur öffentlichen Inszenierung der Unterstützung der

staatlich israelischen Kriegspolitik. Hier trifft sich Kuhn leider mit Teilen Der LINKEN, die ihre Parteilichkeit für Israel als außenpolitisches Zugeständnis an eine Regierungsbeteiligung im Bund 2017 verstehen.

Man/frau muss Herman Kuhn allerdings dankbar sein, dass er klar und unzweideutig herausgeschält hat, was das Wesen dieser

ten wären. „Humanist“ ist in Israel ein Schimpfwort für Leute, die zu zimperlich mit Palästinensern umgehen.“<sup>6</sup>

Nach der jetzt erfolgten ‚dauerhaften Feuerpause‘ wäre es sinnvoll innerhalb der Linken in Bremen zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen! Solidarität also mit wem? Zu welchen Bedingungen?

Demonstration ausmacht. Bei einer ähnlichen Demonstration in Frankfurt war auf einem Transparent zu lesen: FIGHT ANTISEMITISM – SUPPORT ISRAEL.

## Was tun?

Als Anti-Kapitalistische Linke in Bremen (AKL) stehen wir weiter auf dem Standpunkt von z.B. Abraham Melzer. Melzer ist ein in Israel aufgewachsener Frankfurter Verleger, der sich zu den Antisemitismus-vorwürfen gegenüber der Palästina Solidarität folgendermaßen äußert:

„Es geht hier aber um den Staat Israel und nicht um die Juden. Man muss nicht Antisemit sein, um gegen die Politik dieses Staates zu sein. Als ob die Israelis Humanis-

ten Solidarität für Palästina ist für die AKL nicht denkbar ohne die Solidarität mit den ausgebeuteten Schichten der neoliberalen/kapitalistischen Gesellschaft Israels. Erstmals seit langem gelang es einer ‚Neuen sozialen Bewegung‘ 2012 500.000 Menschen auf die Straße zu bringen. Angeregt durch Okkupy und den arabischen Frühling wurden erstmals wieder soziale Themen, wie Armut, Wohnungsnot und Jugend Arbeitslosigkeit zum Thema. Der Schulterschluss zwischen der ‚Neuen Sozialen Bewegung‘ und den in Israel lebenden Arabern ist zunächst gescheitert. Für uns als linke LINKE ist diese Neue Soziale Bewegung und natürlich auch die Linke in Israel und Palästina ein wichtiger Anknüpfungspunkt.

## Linke Forderungen aus Israel

Nach Radio Meldungen und dem Bericht der Israelischen Zeitung Ha'aretz hat die zerstrittene Linke in Israel mit der Friedensbewegung zu einer Kundgebung in Tel Aviv am 16.08.14 mobilisiert. Es kamen 10.000 Menschen. Im Aufruf hieß es:

„Nur ein Abkommen wird uns Sicherheit und den Bewohnern des Gaza-Streifens und dem ganzen Land Ruhe geben. Wir müssen die Richtung der Politik ändern! Sofortiger Dialog mit den Palästinensern für einen gerechten Frieden! Aufhebung der Blockade! Araber und Juden müssen sich für das Leben und gegen den Rassismus entscheiden! Nur eine Zwei-Staaten-Lösung wird allen Menschen in diesem Land Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Hoffnung geben können.“<sup>7</sup>

Die Linke und die Partei DIE LINKE täte gut daran sich z.B. an diesen Forderungen der Israelischen Linken zu orientieren. Aber auch in Deutschland werden solche Forderungen und Diskussionsbeiträge ernst genommen und aufgegriffen. Am 4. August 2014 veröffentlichte der Wissenschaftliche Beirat von Attac die folgende Erklärung:

„Die UNO wird seit Jahrzehnten blockiert, wenn es darum geht, beschlossene Sanktionen gegen Israel durchzusetzen. Genau dies muss aber geschehen, um eine weitere Eskalation des asymmetrischen Krieges zu verhindern. Israel muss die Blockade des Gaza-Streifens vollständig aufgeben und alle Grenzübergänge für Menschen, Güter und Waren öffnen. Dann wird die Sinnlosigkeit, Tunnels zu bauen, Raketen „home made“ zu produzieren und sie völkerrechtswidrig auch gegen Zivilisten zu schießen, offenbar. Die Mauer gegen die Palästinenser, um die völkerrechtlich illegalen Siedlungen zu schützen, muss fallen, und Israel muss die Grenzen von 1967

als seine Staatsgrenzen akzeptieren. Umgekehrt muss die Hamas als palästinensische Vertretung im Gaza-Streifen das Existenzrecht Israels in diesen Grenzen anerkennen und bereit sein, auf Gewalt als Mittel der Politik gegenüber Israel zu verzichten.

Israel muss endlich ernsthafte Verhandlungen mit den Palästinensern, mit der kürzlich gebildeten Einheitsregierung von Fatah und Hamas, aufnehmen und zwar unter internationaler Vermittlung. Die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates muss ermöglicht werden, das von der UNO geforderte Rückkehrrecht der Flüchtlinge muss eingelöst, die Freilassung der an die 5000 zählenden politischen Gefangenen muss geregelt werden. Nach den Schrecken der vergangenen Jahrzehnte ist es an der Zeit, konkrete Abmachungen zu treffen, die Sicherheit und gutes Leben für alle Menschen, in Israel und in Palästina, garantieren.“

Für die AKL Bremen ist dieser Text vor allem Grundlage für eine Diskussion um eine gemeinsame Solidarität für Frieden und Gerechtigkeit in Israel und Palästina. Das ist also ein Angebot.



1 Uwe Kalb/ Neues Deutschland/ 23.07.14/ Ausgewogen sollt ihr sein

2 Erklärung Achelwilm/Spehr/Vogt v.

3 Für Benjamin ist Geschichte kein Kontinuum dessen Wahrheit irgendwo dazwischen liegt. Geschichte ist für ihn die Geschichte der Sieger. Sie muss gegen den Strich gebürstet werden, Aufgabe sei es der Tradition der Unterdrückung dadurch habhaft zu werden, im Text der Geschichte müsse gelesen werden, was nie geschrieben wurde, gerade das Kontinuum müsse aufgesprengt werden um die Gegenwart besser zu verstehen und vor allem natürlich revolutionär zu wenden.

4 Solid Homepage

5 Weser Kurier vom 23.08.14

6 Abraham Melzer / FR v. 08.14

7 Ha'aretz v. 16.08.14

# Völker hört die Signale, ein deutscher Bundespräsident ruft mal wieder zu den Waffen!



BoB PE

Gauck war auf Staatsbesuch in Norwegen und schon müssen die Völker sich weg ducken! Was war geschehen? Der ehemalige evangelische Pastor aus Ostdeutschland war bisher eher bekannt für die Parole der DDR-Opposition: Schwerter zu Flugscharen! Doch davon ist Gauck heute weit entfernt. Gauck äußerte sich im Deutschlandfunk wie folgt:

**„Ich habe das Gefühl, dass unser Land eine Zurückhaltung, die in vergangenen Jahrzehnten geboten war, vielleicht ablegen soll-**

**Welt schicken möchte, stellt sich gegen die Bevölkerung und begibt sich damit ins Abseits“.**

Gerade in heutiger Zeit, wo man/frau jeden Tag im Fernsehen und in den Gazetten mit erleben kann, wie der Irak auseinander bricht und in einem blutigen Bürgerkrieg versinkt – fragt man / frau sich was den Präsidenten wohl geritten hat?

Im Irak wird leider allzu deutlich demonstriert, wie militärische Interventionen, weder Frieden noch Demokratie bringen. Auch das hehre Ziel des „Nation-Buildings“ wird ad absurdum geführt. Militärische Gewalt wird gesellschaftliche Widersprüche niemals wirklich befrieden, vielleicht kurzfristig in Blut ertränken, aber nicht lösen. Von daher noch einmal die Frage, was hat den Präsidenten nun geritten? Blackout? Sehr unwahrscheinlich!

Sieht man/frau sich die aggressive Politik der EU unter deutscher Führung in der Ukraine an, so läßt sich vermuten, in welche Richtung das Ganze gehen soll. Schluß mit der Leisetreterei, Schluß mit dem Friedensgetue: Die Deutschen sind wieder wer! Wirtschaftlich allemal. Nur noch einen kleinen Waffengang...

p.s. Einige Wochen später nimmt der deutsche Bundespräsident

Gauck die neue deutsche Verantwortung wieder in den Mund. Er redet aus Anlaß der Gedenkfeier zum deutschen Überfall auf Polen 1939. Fokus online berichtet am 02.09.14 darüber wie folgt:

**„Für einen Bundespräsidenten ungewöhnlich scharf verlangt Gauck von Putin eine Änderung seiner Politik, die Rückkehr zu den Regeln des Völkerrechts. Und er nimmt auch das Wort Verteidigungsbereitschaft in den Mund, die man an die neue Lage anpassen werde – wieder so ein Signal des Bundespräsidenten, dass Deutschland bereit ist, seiner gestiegenen Verantwortung in der Welt notfalls auch mit Waffengewalt gerecht zu werden.“**

Noch Fragen?



# TTIP – das Freihandelsabkommen ist ein „Trojanisches Pferd“



BoB WS

Ein tolles Geschenk bereitet die EU-Kommission für die Bürger der EU derzeit vor – ganz im Geheimen: es soll halt eine Überraschung werden!

Hört man unsere Politiker offiziell über das Geschenk TTIP reden, weiß man aber schon: es ist ein wunderschönes Rennpferd, auf dem USA und EU gemeinsam zu Wachstum und Wohlstand reiten werden. Das Pferd muss nur noch Kraftfutter erhalten wie angelegene Vorschriften, Regeln und Standards, damit es auch schnell und ohne Hindernisse ins Ziel läuft.

Aber halt – da haben die Menschen

in Troja vor langer Zeit doch auch ein ganz heimlich vorbereitetes Pferd als Geschenk von den Griechen erhalten. Als sie es erfreut in ihre Stadt zogen, stellte sich aber heraus, dass sich im Innern Soldaten versteckt hielten. In der Folge wurde die ganze Stadt zerstört...

Daher: lieber rechtzeitig genau nachschauen, was sich im Innern des angeblichen 'Renners' TTIP versteckt! Auch im Innern von TTIP verstecken sich zerstörerische Kräfte: sie zerstören Sozial-

**Auf dieses 'Geschenk' verzichten wir!**

und Umweltstandards und letztlich unsere Demokratie.



# Aufruf für ein Notruftelefon für Boatpeople – Für ein "Watch The Med Alarm Phone"

BoB Aktionsbündnis

11. Oktober 2013: Mehrfach rufen Flüchtlinge auf einem sinkenden Boot per Satellitentelefon die italienische Küstenwache an und bitten um dringende Hilfe. Doch ihr SOS wird nicht ernst genommen. Patrouillenschiffe erreichen die Unglücksstelle, nachdem das Boot bereits eine Stunde gesunken war. Mehr als 200 Menschen sterben, nur 212 werden gerettet.

Was wäre passiert, wenn die Boatpeople einen zweiten Notruf

an eine unabhängige Hotline hätten richten können? Wenn ein Team von zivilgesellschaftlichen Akteuren sofort Alarm geschlagen und Druck zur Rettung auf die Behörden ausgeübt hätte?

Ein Jahr nach der Tragödie von Lampedusa am 3. Oktober sowie dem oben beschriebenen Fall des "Left-to-die" stellt sich die Situation nicht weniger dramatisch dar. Dies sind keine Einzelfälle sondern nur die offensichtlichsten in einer Reihe ähnlicher tödlicher Übergriffe, mit denen MigrantInnen auf See

im gesamten Mittelmeerraum konfrontiert sind.

Wir verfügen über kein Rettungsteam, wir bieten keinen direkten Schutz. Wir wollen jedoch unmittelbar Alarm schlagen, wenn Flüchtlinge und MigrantInnen in Seenot geraten und nicht unverzüglich gerettet werden. Ab dem 10. Oktober 2014 in enger Kooperation mit dem Monitoring-Projekt Watch The Med werden wir ein alternatives Alarmtelefon von beiden Seiten des Mittelmeeres zu starten.

Das Sterben-Lassen auf See, die

Menschenrechtsverletzungen der EU Grenzschutzagentur Frontex und der Grenzpolizeien in allen Teilen des Mittelmeeres müssen sofort gestoppt werden. Wir brauchen ein zivilgesellschaftliches Netzwerk auf beiden Seiten des Mittelmeeres, das politischen Druck entfalten kann für das Leben und die Rechte der Boatpeople.

**Auszüge vom Beschluss der KMV DER LINKEN LdW**





## Ein Untersuchungsausschuss für Gesundheit Nord muss her! Nur nicht so, wie die CDU sich das vorstellt...



BOB PE

Die CDU Fraktion fordert schon seit geraumer Zeit immer mal wieder einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) für die kommunalen Krankenhäuser. Diesmal nehmen sie die erneuten Schwierigkeiten beim Teilersatzneubau (TEN), hier Kündigung des Trockenbauers, zum Anlass, um mal wieder pressewirksam über einen solchen Ausschuss zu debattieren. Mit den Stimmen der Rechtspopulisten von den Wutbürgern ist dieser PUA inzwischen eingesetzt. Auch DIE LINKE

fordert einen Untersuchungsausschuss, nur nicht so, wie die CDU sich das vorstellt! Was heißt das? Für die CDU sind ökonomische Fragen immer am wichtigsten. Wie hoch sind die Kosten, wäre privatisieren nicht doch besser gewesen?! Sollten wir das vielleicht doch noch nachholen?

**Als LINKE sind wir der Meinung, der eigentliche Skandal, der eines Untersuchungsausschusses bedarf, ist die katastrophale Personalbesetzung auf den Stationen der GeNo.**

Eigentlich geht es im Krankenhaus doch um die PatientInnenversorgung? Oder?! Nach dem rapiden Personalabbau der Vergangenheit im weissen Bereich (Pflege/ÄrztInnen) ist die heutige Situation z.B. die folgende: Eine Station mit 36 stark pflegebedürftigen PatientInnen einer chirurgischen Trauma-Station wird von 3 KollegInnen im Frühdienst,

2 KollegInnen im Spätdienst und einer Nachtwache betreut. D.h. im Frühdienst betreut jede KollegIn damit 12 PatientInnen. Der Spätdienst ist mit 18 PatientInnen pro Person dabei.

Da kann die Geschäftsführung der GeNo samt dem Gesundheits-senator Schulte-Sasse noch so viel zappeln: mit einer solchen Personalbesetzung kann man keine qualitativ hohe pflegerische/ärztliche Betreuung gewährleisten. Das Beispiel ist kein besonderer Fall – sondern der Normalfall. Eine schlechte bis gefährliche PatientInnenversorgung müsste der Inhalt eines Untersuchungsausschusses der Bremer Bürgerschaft sein. Ganz konkret helfen würde nur eine gesetzlich oder tariflich festgelegte und damit einklagbare Personalbemessung. Gesetzlich klappt es nicht, da von CDU/

SPD im Bund nichts für ArbeitnehmerInnen zu erwarten ist. Tariflich verhindert es der innere Zustand der Gewerkschaft ver.di in Bremen.

Wir werden versuchen den PUA auch dafür zu benutzen, dass die Patientenversorgung wieder in den Mittelpunkt der Krankenhäuser kommt.

**p.s:**

Den Beschäftigten der Charité in Berlin ist es erstmals gelungen, Personalbemessung in einem Tarifvertrag zu verankern! Ein Beispiel für Bremen? ☼



### Impressum

**Redaktion:** Manfred Steglich, Wilfried Scharfenberg, Peter Erlanson  
**Layout:** Sebastian Rave  
**Vi.S.d.P.:** Peter Erlanson, Buntentorsteinweg 109, 28201

## Solidarität mit dem Widerstand gegen IS-Terror in Kurdistan



Wie kann der Terror gestoppt werden?

Podiumsdiskussion mit:

**Cindi Tuncel** (Jezidischer Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, DIE LINKE)

**Barbara Heller** (Bremer Friedensforum)

Einem Vertreter der PYD

**Sebastian Rave** (Sprecher für Frieden und Internationalismus im Landesvorstand DIE LINKE, Bremen)

**DIE LINKE.**

LANDESVERBAND BREMEN

Di, 4.11.  
19:00

**DGB-Haus**

Tivoli-Saal, Bahnhofplatz 22-28